

NN/HA/REGBY/REGBY1 - Di 15.09.2009 - METROPOLREGION NÜRNBERG

Diskriminierung soll aufhören

Kampagne für ein kommunales Wahlrecht aller Bürger gestartet

PETER ABSPACHER

„Kommunales Wahlrecht für alle, die Demokratie braucht jede Stimme“. Eine solche Kampagne wirkt fast fünf Jahre vor der nächsten Kommunalwahl ein wenig überraschend. Der Termin für den offiziellen Start des Werbefeldzuges wurde aber mit Bedacht nahe an die Bundestagswahl gelegt.

NÜRNBERG — Bürger aus den 27 EU-Mitgliedsländern dürfen seit einigen Jahren in Deutschland auf kommunaler Ebene wählen und sich wählen lassen. Migranten aus sogenannten „Drittländern“, also etwa aus der Türkei, aus Afrika oder dem Iran, zahlen genauso wie Menschen aus der EU ihre Steuern und Abgaben. Es wird ihnen aber verwehrt, an der Wahlurne darüber mit zu entscheiden, wofür ihre Steuern in der eigenen Gemeinde ausgegeben werden.

Diesen Zustand hält die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Bayerns (AGABY) für nicht länger akzeptabel. Unterstützt vom DGB Bayern, dem Landesjugendring, dem Diakonischen Werk Bayern oder der Katholischen Arbeitnehmerbewegung will AGABY nun ein Bündnis für das volle Kommunalwahlrecht aller rechtmäßig hier lebenden Bürger schmieden. Erreichbar ist dieses Ziel nur durch eine Ergänzung des Grundgesetzes (Artikel 28). Dazu ist eine Zwei-Drittel-Mehrheit im neuen Bundestag nötig — und auch im Bundesrat.

Ludwig Markert, Präsident des Diakonischen Werkes Bayern, und AGABY-Vorsitzende Mitra Sharifi Neystanak nannten den Kampagnenstart „bewusst gewählt“. Man wolle die künftigen Abgeordneten in Berlin dafür gewinnen, Bürgern aus Nicht-EU-Ländern ein demokratisches Recht nicht länger vorzuenthalten.

Komplett ausgegrenzt

Die gebürtige Iranerin Neystanak beklagte, dass es faktisch in Deutschland ein Dreiklassen-Wahlrecht gibt: Deutsche Staatsbürger sind voll wahlberechtigt, EU-Bürger nur bei Kommunalwahlen und „Drittstaatler“ überhaupt nicht. In Nürnberg seien auf diese Weise an die 50000 Menschen von demokratischer Teilhabe komplett ausgegrenzt, in Bayern insgesamt mehrere Hunderttausend.

Diakonie-Präsident Markert sagte vor der Presse in Nürnberg, man sei aus voller Überzeugung bei der Kampagne für ein erweitertes Wahlrecht dabei. „Wir wissen aus der Arbeit mit Migranten sehr genau, was der Ausschluss vom kommunalen Wahlrecht bedeutet. Dies ist ein Hindernis für die gewünschte Integration“.

Zu den Unterstützern der Kampagne zählt auch Nürnbergs OB Ulrich Maly, auch einige Politiker von FDP und Grünen sind dabei. An die Parteien als solche trat AGABY nicht heran, um die Sache nicht in die Parteipolitik zu ziehen. Die Evangelische Landeskirche und die katholische Bischofskonferenz wurden aber um Unterstützung ersucht. Von beiden kam schriftlich zunächst eine Absage. Ludwig Markert dazu: „Was nicht ist, kann ja noch werden. Ich werde dieses Thema im Landeskirchenrat und in der nächsten Landessynode zur Diskussion stellen“. Und auch die KAB wird mit dem Münchner Erzbischof Reinhard Marx bald reden. Die Unterstützung der großen Kirchen, das weiß AGABY, wäre sehr viel wert.

Mitra Sharifi Neystanak, Sprecherin der Ausländerbeiräte in Bayern. Foto: Sippel